

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Karlsruher Tagblatt. 1843-1937 1912**

361 (30.12.1912) Erstes Blatt

# Karlsruher Tagblatt

Mit amtlichem Verkündigungsblatt. — Badische Morgenzeitung.

**Anzeigen:**  
die einseitige Beilage über  
den Raum 20 Pfennig,  
Reklamezettel 45 Pfennig,  
Rabatt nach Tarif.  
Anzeigenannahme:  
größere Spätere, bis 12 Uhr  
mittags, kleinere spätestens  
bis 4 Uhr nachmittags.  
Fernsprechanschlüsse:  
Expedition Nr. 203  
Redaktion Nr. 2994.

109. Jahrg. Nr. 361.

Montag, den 30. Dezember 1912

Drittes Blatt.

Redaktion: Gustav Neppert; verantwortlich für Politik: J. Straub; für den übrigen Teil: H. Gerhardt; für die Literatur: Paul Kuzmann. Druck und Verlag: C. F. Müller'sche Hofbuchhandlung m. b. H., sämtlich in Karlsruhe. Berliner Bureau: Wilmersdorf, Fabelbergerstraße 51. — Für Aufbewahrung unvollständiger Manuskripte oder Druckfahnen übernimmt die Redaktion keine Verantwortung. Rücksendung erfolgt, wenn Porto beigefügt ist.

## Der Staat als Arbeitgeber.

Aus Berlin wird uns geschrieben:  
Früher als man erwartet hatte, ist infolge des plötzlichen Ablebens des bayerischen Prinzregenten der Reichstag in die Ferien gegangen und hat infolgedessen nicht mehr Zeit gefunden, die Besprechung der freimüthigen Interpellation über das Koalitionsrecht der staatlichen Arbeiter zu Ende zu führen. Und das ist schade, denn aus dem Wust parteipolemischer Zänkereien, die nun einmal gewohnheitsmäßig derartige Debatten überwuchern, hatte sich diesmal doch eine neue Tatsache losgelöst, die besondere Beachtung verdient hätte. Man vermied es bisher — auch auf Seiten der Regierung — planmäßig der juristischen Seite dieser etwas schwierigen Frage zu Leibe zu gehen und begnügte sich mit der mehr phrasenologischen Erwägung, daß durch das Reichsvereinsgesetz aus der verlassenen Blockperiode den Beamten ebenso wie allen anderen Bürgern ihre Vereinstätigkeit gesichert sei. Nun aber kommt plötzlich Staatssekretär Delbrück und erklärt diese Auffassung für irrig. Er verhandelt sich dahinter, daß der § 1 des Reichsvereinsgesetzes nur die „polizeilichen“ Beschränkungen aufhebe. Dagegen würden andere Beschränkungen des Koalitionsrechts im Wege eines privatrechtlichen Vertrages, wie er zwischen den Staatsbetrieben und ihren Arbeitern abgeschlossen wird, davon keineswegs getroffen. Hier sehen vielmehr allein die Schranken des bürgerlichen Gesetzbuches ein.  
Im Reichstage herrschte über diese Auffassung zunächst allgemeine Verwirrung, bis man sich selbst auf der Linken zu der Ueberzeugung durchdrang, daß Herr Delbrück juristisch im Recht sei. Und mit dieser Erkenntnis ist man endlich den Dingen auf den Grund gegangen, alles Ge-  
strüpp ist hinweggeschafft, so daß jetzt das Thema probandum klar und unverhüllt vor aller Augen liegt. Und das heißt: Der Staat als Arbeitgeber. Geltingt es diesen Begriff scharf zu erfassen, dann müssen sich daraus alle anderen Folgerungen leicht ableiten lassen. Freilich, gar so einfach ist die Sache nicht, man kommt hier in jenes Grenzgebiet zwischen den Rechten des einzelnen an dem Staat und gegen den Staat hinein, das für logische Definitionen schwer zugänglich ist. Gewiß hat Herr Delbrück in dem einen Recht: daß der Staat nicht ein beliebiges Privatunternehmen ist, sondern Kraft seiner besonderen Stellung besondere Ansprüche zu machen berechtigt ist. Zwar nicht in allen Dingen. Wagt der Staat sich hinein in das Getriebe des modernen Wirtschaftskampfes, dann verzichtet er infolgedessen auf die ihm innewohnenden Hoheitsrechte, er ist — als Begriff — nur der Arbeitgeber, gegen den — aber auch für den — im allgemeinen die Vorschriften des bürgerlichen Rechtes gelten.  
Allerdings mit Ausnahmen, deren wichtigste wohl nirgends ernstlich bestritten ist: Der staatliche Angestellte — mag er nun Beamter oder Angestellter, Minister oder Bahnarbeiter sein — gibt kraft seiner Amtstellung das Recht auf den Streik auf. Das will uns selbstverständlich scheinen, gründet sich doch die innere Berechtigung der staatlichen Monopole — wie Eisenbahn und Post — nicht auf die Möglichkeit eines tunlich ungehinderten Geldverkehrs, sondern nur auf die Voraussetzung, daß diese Betriebe für die Abwicklung unseres ganzen Wirtschaftslebens so wichtig sind, als daß sie in die Zufälligkeiten der Lohnkämpfe hineingezogen werden dürfen. Ob ein Arbeiter, ob ein kleiner Beamter sein monatliches Einkommen erhöht, ist zwar für seine Privatexistenz von erheblicher Bedeutung, für den Staat als Ganzes aber nicht von solchem Belang, als daß deswegen die ganze Maschinerie einer Eisenbahn ins Stocken geraten dürfte, wodurch der Volkswohlstand um Millionen und Abermillionen geschädigt werden könnte. Wer also sich dem Staate verdingt, der muß sich darüber im klaren sein, daß er auf einen Teil seiner Rechte verzichtet, und zwar jeweils infolgedessen, als daß die Interessen des einzelnen Erwerbstätigen vor den Lebensnotwendigkeiten des Staatsganzen zurückzutreten haben.  
Insofern also ist dem Staatssekretär des Innern zuzustimmen; aber der grundlegende Fehler liegt trotzdem doch auf seiner Seite. Denn, wie das so oft geht, hat der Bureaucratismus einen an sich richtigen Gedanken durch schematische Uebertreibung in sein Gegenteil verkehrt und wagt sich heute ganz unverfroren mit dem Staate hervor, daß Disziplinarrecht vor Vereinsrecht geht. Das ist ein grundlegender Irrtum; man muß vielmehr den Satz so fassen, daß die Beamten nicht grundsätzlich in ihrem Vereinsrecht beschränkt sind, auch keines-

wegs sich mit dem geringen Maß von Freiheit begnügen müssen, das die Behörde ihnen zu bewilligen für gut befindet, sondern gerade umgekehrt. Das Vereinsrecht bleibt immer die Primäre, grundsätzlich sind also die Beamten ebenso wie alle anderen Reichsangehörigen der Rechte des Vereinsgesetzes teilhaftig und müssen sich nur diejenigen Beschränkungen auferlegen lassen, die vom Standpunkt der Disziplin unerlässlich sind. Man wird uns dagegen ein-

werfen, daß das nur ein Spiel mit Worten ist; und dieser Einwand wäre richtig, wenn wir eben das Giftgemäch Bureaukratie nicht hätten. Denn das Verhältnis des Staates zu seinen Angestellten ließe sich am besten regeln, würde auch niemals Schwierigkeiten machen, wenn Vorgesetzte und Untergebene mit dem gleichen Verständnis für die Eigenheiten ihrer Stellung zum Staate sich zu verständigen suchten. Daran aber fehlt es leider, und, wie zugegeben werden muß, bei

dem mangelnden Entgegenkommen der oberen Behörden. Dort wird jede eigene Regelung, jeder auch noch so harmlose Versuch einer selbständigen Organisation als Unbequemlichkeit empfunden und daher einfach verboten, mit dem Erfolge, daß auf der anderen Seite Mangel und Bestimmung ausgelöst werden, worunter das gegenseitige Verhältnis leiden muß. Man kann ja noch ein letztes Mal den Versuch machen, ob die Aussprache im Reichstag jetzt den gewünschten Erfolg einer Klärung gebracht hat; wenn nicht, dann bleibt eben nichts übrig, als daß durch positive Gesetzesbestimmungen dem Disziplinarbedürfnis der Verwaltung ein fester Riegel vorgehoben wird.

## Depeschendienst des „Karlsruher Tagblattes“

(Nachdruck nur mit genauer Quellenangabe gestattet.)

### Von Kiderlen-Wächter †.

Stuttgart, 30. Dez. Der Staatssekretär des Auswärtigen v. Kiderlen-Wächter ist heute früh 7.50 Uhr in der Wohnung seiner hier wohnhaften Schwester, Frau von Gemmingen-Guttenberg, gestorben. Er wollte, wie alljährlich, seit dem Heiligabend hier bei seiner Schwester und fühlte sich seit einigen Tagen unwohl. Die Letzte besuchten den Eintritt einer Herzlähmung, die heute früh seinem Leben ein Ende machte.

In dem kurzen Zeitraum von wenigen Monaten ist uns bereits der zweite bedeutende Staatsmann durch den Tod entzogen worden. Am 24. September war es Freiherr von Marschall und jetzt kommt die Drahtnachricht aus Stuttgart, daß der Leiter unserer auswärtigen Politik, Staatssekretär von Kiderlen-Wächter einem Herzschlag erlegen sei.

In erster Zeit haben wir unsere beiden fähigsten Staatsmänner verloren, denen die Vertretung der Politik des Deutschen Reiches nach außen hin anvertraut war. Nach dem Heimgang Marschalls bebetet der frühe Tod Kiderlen-Wächters einen schweren Verlust für das Reich. Beide waren die letzten Träger der Traditionen aus großer Zeit und in beiden wirkte der Geist des großen Meisters fort.

Mit dem Staatssekretär von Kiderlen ist der beste und sicherste Kenner der Verhältnisse des nahen Ostens heimgegangen, die gerade jetzt Europa in Kampf und Unruhe versetzen, und darum trifft uns der Tod des Staatsmannes gerade in diesem Augenblick doppelt schwer, in dem die gespannteste Aufmerksamkeit des Reiches auf die Vorgänge auf dem Balkan gerichtet sind. Es ist nicht zu verkennen, daß die ruhige und sichere Haltung unserer Politik in diesem durch zahlreiche einander widerstrebende Interessen der Mächte und der Balkanvölker äußerst komplizierten Fall einen bedeutenden Erfolg des nun verewigten Ministers darstellte und auf dessen intime Kenntnis der Balkanverhältnisse letzten Endes zurückzuführen ist.

Alfred von Kiderlen-Wächter wurde am 10. Juli 1852 in Stuttgart geboren. Er stammt aus einer alten württembergischen Familie, die 1868 geadelt wurde. Er machte den Feldzug von 1870/71 als Freiwilliger mit, studierte in Tübingen, Leipzig und Straßburg die Rechte und trat 1879 in das auswärtige Amt ein. In den Jahren 1881—84 war Kiderlen-Wächter an der deutschen Botschaft in Petersburg, in den nächsten beiden Jahren in der gleichen Eigenschaft in Paris, dann wurde er Botschaftsrat in Konstantinopel. 1888 begleitete Kiderlen-Wächter den Kaiser auf seinen Reisen nach Petersburg, Stockholm und Kopenhagen und wurde im gleichen Jahre Vortragender Rat im Auswärtigen Amt. Bis 1894 verblieb er in dieser Stellung, dann ging er als Gesandter nach Hamburg, im nächsten Jahre in gleicher Eigenschaft nach Kopenhagen, wo er fünf Jahre blieb. 1900 kam er als Gesandter nach Bukarest, wo seine eigentliche, bedeutsame diplomatische Tätigkeit im engsten Zusammenarbeiten mit Freiherrn von Marschall beginnt, der seit 1897 Botschafter in Konstantinopel war.

Während Kiderlens Tätigkeit in der rumänischen Hauptstadt wuchs der Einfluß des Deutschen Reiches im nahen Orient bedeutend, und seine Handelsbeziehungen breiteten sich nach allen Seiten aus. Die enge Verbindung, in der Rumänien zum Deutschen Reich stand, war lange Zeit hindurch eine der Hauptstützen des Friedens auf der Balkanhalbinsel, und noch zur Zeit der infolge der Annexion von Bosnien und der Herzegovina durch Oesterreich hervorgerufenen Krise haben die durch Kiderlen so haltbar gestalteten Beziehungen Rumäniens zum Deutschen Reich wesentlich zur Erhaltung des Friedens beigetragen.

Kiderlen-Wächters wesentliche Tätigkeit als Staatssekretär des Auswärtigen fällt mit der marokkanischen Krise zusammen, die einen schweren Konflikt der wirtschaftlichen Interessen des Deutschen Reiches in Marokko mit den Protectorsbestrebungen Frankreichs hervorrief und mehr als einmal Kriegsmöglichkeiten in greifbare Nähe rückte. Es ist dem Staatssekretär vergönnt gewesen, die deutsche Politik durch die Führerschaft dieser Krise hindurchzuführen, ohne daß die Knochen eines pommerischen Grenadiers an das marokkanische Abenteuer geklebt wurden. Die Politik Kiderlens hat nicht in allen Teilen des Volkes den gleichen Beifall gefunden. Vielfach ist ihm vorgeworfen worden, er habe in Marokko zu viel abgegeben und im Kongo zu wenig erhalten. Erst die Zukunft wird lehren, was an diesen Klagen berechtigt ist. Aber bereits jetzt zeigt sich langsam die Erkenntnis durch, daß erstens unsere Rolle in Marokko noch nicht ausgespielt ist, daß sie vielmehr erst beginnt, und daß zweitens das Kongoabkommen eine Basis bildet, auf der die Weiterentwicklung unseres Kolonialbesitzes an der Westküste von Afrika nicht nur gesichert ist, sondern auch bedeutende Ausdehnungsmöglichkeiten in greifbare Nähe gerückt sieht. Koloniale Probleme werden nicht an einem Tage, auch nicht in einem Jahr gelöst. Wir glauben bestimmt, daß Kiderlen-Wächters Name gerade in Verbindung mit unserer afrikanischen Politik in ehrenvoller Verbindung genannt werden wird.

G. R.

### v. Kiderlens letzte Stunden.

(Eigener Drahtbericht.)

Stuttgart, 29. Dez. Bereits am Freitagabend erlitt der Staatssekretär einen Herzkrampf. Es wurde sofort sein Leibarzt Prof. Dr. Krehl aus Heidelberg hinzugezogen. Das Leiden behob sich wieder, so daß v. Kiderlen wieder vollständig hergestellt schien. Er wollte noch am Samstag bei einigen Festlichkeiten, u. a. bei dem Ministerpräsidenten v. Weizsäcker. Heute nacht um 5 Uhr wiederholte sich der Herzkrampf, an dessen Folgen der Staatssekretär heute morgen 7.50 Uhr gestorben ist. Die Beerdigung findet am 2. Januar n. J. auf dem hiesigen Prag-Friedhofe statt.

### Die Vorjahren des Staatssekretärs.

(Eigener Drahtbericht.)

Berlin, 30. Dez. Die Vorjahren des Staatssekretärs entstammen einer Ulmer Färberfamilie. Heinrich Kiderlen, der um 1649 lebte, ist der Ahnherr; als sein Nachkomme wird ein Johann Kiderlen, gestorben 1886, als Schwarzfärber in Ulm genannt, und dessen Sohn, gleichfalls Johann mit Namen, war bis 1756 Kunst- und Schenkwärter daselbst. Auch stand er in Ulm der Ledererzunft vor. Im Jahre 1850 war ein Johann Ludwig Kiderlen Stadtpfleger in Ulm, dessen Sohn Robert, gestorben 1875, war Rgl. Württembergischer Hofkammerrat und Hofbankdirektor. Er war mit Marie, geb. Frein v. Wächter, vermählt und erhielt 1867 unter dem Namen v. Kiderlen-Wächter den württembergischen Erbdadel verliehen.

### Der russische Kriegsminister in Berlin.

(Eigener Drahtbericht.)

Berlin, 30. Dez. Der russische Kriegsminister, der gestern hier eintraf, ist heute zur Frühstückstafel nach Potsdam zum Kaiser geladen.

Dresden, 29. Dez. Die Reise des russischen Kriegsministers wird als eine neue Bestätigung der Entspannung der politischen Lage angesehen.

Der König empfing heute mittag den Kriegsminister Sushomlinoff in Privataudienz. Die Person des Generals rief allgemein einen sympathischen Eindruck hervor.

(Siehe auch 3. Seite.)

## Der Wahlreformentwurf der ungarischen Regierung.

(Eigener Bericht.)

Budapest wird uns geschrieben: Das Wahlreform-Gesetz, das Lutas in den nächsten Tagen dem Parlamente vorlegen will und dessen Inhalt durch eine Indiskretion bekannt wurde, entspricht etwa dem, was man schon seit langem in ungarischen politischen Kreisen erwartete. Der eigentliche Schöpfer dieses Gesetzes ist Graf Tisza, der sich schon seit Wochen alles Material von der Regierungsbehörden zur Verfügung stellen ließ, woraus der wunderliche Zustand erwuchs, daß eigentlich der Präsident des Abgeordnetenhauses die Regierung führte. Es lohnt kaum, auf die verzwickten Bestimmungen dieses neuen Wahlgesetzes einzugehen. Das Entscheidende ist, daß nur für 65 Wahlkreise, in den sogenannten Munizipalstädten, die geheime Wahl eingeführt wird. Auf ein paar hundert Wähler mehr oder weniger kommt es nicht an, sie werden höchstens die Wahlen etwas verteuern; durch die öffentliche Abstimmung bleibt den Wahlmännern die Tür und Tor geöffnet. Was durch diesen Terrorismus dann nicht geleistet werden kann, werden die Behörden bei der Herstellung der Wahlkreise besorgen, wo die verzwickten Bestimmungen des Wahlgesetzes natürlich tausend Handhaben bieten, um mißliebige Wähler um ihr Wahlrecht zu bringen. Das bisherige Reklamationsverfahren, das allem Anschein nach bestehen bleiben soll, macht jeden Rekurs dagegen aussichtslos, weil der Wahlgerichtshof den Reklamanten immer neue Kosten für das Verfahren auferlegt, bis diese ihre vergeblichen Versuche einstellen. Schließlich wird noch eine neue Einteilung der Wahlkreise, die auf die vollkommene Entrechtung der nichtmagyarischen Nationalitäten zugeschnitten sein wird, das Werk des Grafen Tisza krönen, der sich jedenfalls berechtigt sagen kann, daß er alles getan hat, was er für die Erhaltung der gegenwärtigen Oligarchenwirtschaft in Ungarn tun konnte. Ebenso sicher kann man freilich auch sagen, daß die Agitation für ein allgemeines und geheimes Wahlrecht durch diesen Wahlreformentwurf gewiß nicht zum Stillstande gebracht werden wird.

## Preussische Eisenbahnpolitik.

Der Abschluß der preussischen Staats-eisenbahnen für 1911 zeigt in vielen Beziehungen außerordentliche Verhältnisse. Die Verkehreinnahmen stiegen im Personenverkehr auf 647,0 Millionen Mark, im Güterverkehr auf 1555,9 Mill. Mark, das sind (gegenüber dem Vorjahre) 42 Mill. Mark = 6,33 Proz. mehr im Personenverkehr und 129 Mill. Mark = 9,07 Proz. mehr im Güterverkehr. Die gesamten Betriebseinnahmen beliefen sich auf 2047,3 Mill. Mark, die Betriebsausgaben auf 1531,0 Mill. Mark, so daß ein Betriebsüberschuß in der bislang noch nicht erreichten Höhe von 516,3 Mill. Mark oder 105,6 Mill. Mark gegenüber dem Vorjahre verblieb. Den Etatsanfall für 1911 überstieg er um 132,9 Mill. Mark. Nach Deckung der Zinsen und Tilgungsbeträge sowie des Extraordinariums verblieben von dem Ueberschuß 219,8 Mill. Mark für allgemeine Staatszwecke und 162,3 Mill. Mark zur Ausfüllung des Ausgleichsfonds. Der Abschluß für 1912 ist angesichts der unsicheren Zeitläufe noch ungewiß. Bislang wird mit einem Reinerüberschuß von 143,4 Mill. Mark für den Ausgleichsfonds gerechnet. Die Ausfüllung des Ausgleichsfonds ist an sich eine sehr erfreuliche Erscheinung, aber auch eine notwendige. Erwägt man, daß der Ueberschuß der Eisenbahnverwaltung im Ordinarium nach Deckung der Zinsen usw. im Jahre 1906 noch 395,7 Mill. Mark betrug, im Jahre 1908 aber nur noch 202,0 Mill. Mark, also um 193,7 Mill. Mark geringer war, so liegt auf der Hand, daß nur ein starker Ausgleichsfonds ausreichende Schutz gegen derartige Schwankungen gewähren kann. Da er alljährlich bis zu 15 Mill. Mark zur Verstärkung des Dispositionsfonds der Eisenbahnverwaltung gewähren muß, so unterliegt er ohnehin einer gewissen ständigen Schwächung. Diese schnelle Füllung des Ausgleichsfonds hat alle Erwartungen und die Erwartungen aller übertroffen.

Im Jahre 1910 ist der Eisenbahnetat neu geregelt worden. Viele Millionen werden alljährlich den

Die heutige Nummer unseres Blattes umfaßt 8 Seiten.

allgemeinen Staatsfinanzen vorzuziehen und einem Ausgleichsfonds bei den Eisenbahnfinanzen zuzuführen. Nach dieser Regelung, die im wesentlichen das Verdienst nationaler Politiker ist und der sich Regierung und Konserve nur nach längerem Sträuben angeschlossen haben, können die Ueberflüsse der preussischen Staatseisenbahnen nur noch bis zur Höhe von 2,10 Prozent des statistischen Anlagekapitals der Eisenbahnen für allgemeine Staatszwecke herangezogen werden, während die darüber hinausgehenden Ueberflüsse einem Ausgleichsfonds zuzuführen, der für ungünstige und schwierige Jahre vorgesehen ist. In diesen Ausgleichsfonds flossen 1911 32,5 Millionen Mark, 1912 schon 57,4 Millionen Mark, für 1913 aber sind aus den Ueberflüssen der Staatseisenbahnverwaltung für den Ausgleichsfonds 93,5 Millionen Mark vorgesehen. Die preussische Finanzverwaltung arbeitet also, wenn man die 100 Millionen Mark des Referendats in die Betrachtung mit hineinzieht, schon heute wieder mit erheblichen Ueberflüssen.

Man vermißt nun aber Mitteilungen darüber, wie die preussische Staatseisenbahnverwaltung der Verkehrsnot, die sich hier im Westen im Herbst so drückend gezeigt hat, im kommenden Jahre vorbeugen will. Hier wird man wohl außerordentliche Maßnahmen zu erwarten haben. Es sei hier daran erinnert, daß in der Delegiertenversammlung des Hanjabundes die Veröffentlichung eines Auftrages in der Angelegenheit der Verkehrsnot beschlossen wurde, in dem die Kamalität vornehmlich der Verkehrsnot der herrschenden Landtagsmehrheit, weiterhin der Eucht zugeschrieben wird, die enormen Eisenbahnüberflüsse zugunsten der preussischen Finanzen zu verwenden; man verlangt energische Maßnahmen zur Behebung der Verkehrsnot, mit kleinen Mitteln sei nichts zu erreichen.

In der „Deutschen Volkswirtschaftlichen Korrespondenz“ wird betont, daß ebensoviele wie es an Güterwagen mangelt, auch der Ausbau der Eisenbahnlinien zu wünschen übrig läßt. Bisher seien wirklich die Wagen nur deshalb, weil die vorhandenen Linien und Geleise nicht ausreichen, die leeren Wagen heranzubringen. Der Ausbau des niederrheinisch-westfälischen Bahnnetzes ist deshalb eine der allerdringendsten Aufgaben der Eisenbahnverwaltung.

Ebenso betonte Regierungsrat a. D. Professor Endres in seiner schon erwähnten Rede im Mannheimer Jungliberalen Verein: „Die Schwierigkeiten in Preußen liegen vor allen Dingen in der Halbheit der Verkehrspolitik. Wenn wir die preussische Situation ansehen, so wissen wir, daß im Ruhrgebiet die größten Schwierigkeiten dadurch entstanden sind, daß dort die Bahnhöfeanlagen nicht mehr ausreichen, um den ganzen Verkehr glatt durchzuführen; daß Preußen es versäumt hat, rechtzeitig seine Wasserstraßenpolitik mit der Eisenbahnpolitik in richtigen Einklang zu bringen. Preußen hat schon bei der vorletzten Hochkonjunktur im Ruhrgebiet die gleichen Erfahrungen gemacht. Man versuchte abzuhelfen und erblickte ein Ausflusmittel in großzügigen Schiffahrtswegen. Die Verfertigung des Güterbahnbaues wäre das wirksamste gewesen. Preußen hat diesen Weg nicht beschritten, weil es fürchtete, die Gütertarifpolitik in ein anderes Fahrwasser bringen zu müssen. Deshalb hat man den Weg beschritten, die Großschiffahrtswegen heranzuziehen. Aber der großzügig geplante Kanalbau ist durch die „Ueberagrarier“ völlig beschritten worden. Neben diesem Hauptmangel sind die mangelhaften Betriebs-einrichtungen für die Wagennot verantwortlich zu machen.“

### Deutsches Reich.

#### Gute Aussichten auf eine Einheitsstenographie.

Im Kultusministerium in Berlin fand unter dem Vorherrsche des Geheimen Oberregierungsrats Graeber und des Provinzialschulrats Liebe eine neue Sitzung des sogenannten Ber-Ausschusses statt. Es wurde eine große Anzahl Beschlüsse gefaßt, von denen die meisten sich mit technischen Einzelheiten befassen, während als Ziel des Einheitsystems einstimmig festgestellt wurde, daß deren Verkehrsschrift (Schulschrift) den Bedürfnissen des privaten, geschäftlichen und behördlichen Verkehrs genügen und das Nachschreiben mäßig schneller Diktate gestatten soll; sie muß bei zweifelsloser Deutlichkeit so kurz sein, daß sie einem Stenographen von durchschnittlicher Begabung ermöglicht, mindestens 150 Silben in der Minute zu kletten, sie muß zugleich so einfach sein, daß sich bei regelmäßigem Unterricht in schulmäßigen Kursen binnen Jahresfrist

90 Silben in ihr erreichen lassen. An der Sitzung nahmen sämtliche Vertreter der 9 beteiligten Schulen tätigen Anteil, und der erfreuliche Erfolg hat denjenigen Recht gegeben, die schon immer die Meinung äußerten, daß die Erkenntnis von der Notwendigkeit einer Einheitsstenographie stärker sein werde als der Widerstand, der aus Furcht für den Weiterbestand des eigenen Systems noch in letzter Zeit von verschiedenen Seiten dem Gedanken entgegengebracht wurde.

#### Der preussische Staatshaushaltsetz.

Zum ersten Male seit einer Reihe von Jahren balanziert der Etat ohne Anleihe. 1912 mußte man eine Anleihe von 19 Mill. Mark und 1911 sogar eine solche von 29 Millionen Mark vorsehen. Trotz dieser Anleihen waren die preussischen Finanzen aber auch in den Jahren 1911 und 1912 schon so günstig, daß man von einem tatsächlichen Ueberflusse reden durfte. Daß auch die Staatsregierung das Empfinden hat, daß die preussischen Finanzen gegenwärtig sehr günstig stehen, beweist die Art und Weise, wie sie die Einsetzungs-gesetze gefaßt hat, die durchweg erheblich höher dotiert sind als im vorigen Jahre, und die besonders für die Beamten erhebliche Mehraufwendungen aufweisen. So sind diesmal die Pensionen für Zivilbeamte, die gefassten Witwen- und Waisengelder, die Pensionen und Hinterbliebenen-Vergütungen für die Volksschullehrer und Volksschullehrerinnen nicht unwesentlich höher angefaßt als im vorigen Jahre. Mit Rücksicht auf das durch die hohen Lebensmittelpreise außerordentlich gestiegene Unterhaltungsbedürfnis der Beamten, sind die Unterhaltungsansätze für diese insgesamt um 3 Millionen Mark verstärkt worden, nachdem bereits in dem Nachtragsetz für 1912 die gleiche außerordentliche Summe vorgesehen ist. Dahin muß man auch die Summen rechnen, mit denen die preussische Regierung ihre Wasserbauten ausgeführt, mit denen sie den Bau von Kleinwohnungen vorgenommen hat, und mit denen sie im Osten ihre An-siedlungspolitik treibt. 1.450.000 M. werden gefordert, die unmittelbar oder mittelbar der Förderung der Viehzucht dienen sollen. Für denselben Zweck ist auch eine Anleihe von 25 Millionen Mark vorgesehen; davon sind 10 Millionen Mark zur Uebernahme von Stammanteilen der gemeinnützigen Siedlungsgesellschaften, 12 Millionen Mark zur Kultivierung der ostpreussischen Staatselgenen Moore und 3 Millionen Mark zu Meliorationsarbeiten, insbesondere für Dränierungen auf Domänen bestimmt.

Von der Börsensteuer. In den ersten acht Monaten des laufenden Rechnungsjahres betragen die Ergebnisse der sogenannten Börsensteuer über 62 Mill. M., d. h. ungefähr 4 Mill. M. mehr als für den in Betracht kommenden Teil des Finanzjahres veranschlagt war. Es ist sonach zu erwarten, daß die Börsensteuer im gesamten Rechnungsjahr den im Etatvoranschlag vorgesehenen Betrag nicht nur erreicht, sondern übersteigt. Das ist um so bemerkenswerter, als die Börsensteuer durch den Nachtragsetz um 18 Millionen Mark höher als ursprünglich veranschlagt worden ist.

Der Parteitag des reichsliberalen Zentrums. In Straßburg findet am 8. Januar ein außerordentlicher Parteitag des reichsliberalen Zentrums statt, für den zum ersten Male die Delegierten nach dem neuen Parteistatut gewählt werden. Auf der Tagesordnung stehen Organisations- und tagespolitische Fragen, sowie die Stellungnahme zur Jesuitenfrage.

Aus der nationalliberalen Partei. In der „Nationalliberalen Reichskorrespondenz“ ist zu lesen: „Die von Pommern wieder aufgenommenen Auseinandersetzungen zwischen den verschiedenen Richtungen in der nationalliberalen Partei finden mit Recht wenig Widerhall in der Öffentlichkeit. Man registriert sie und legt sie zur Seite. Die verschiedenen Auffassungen sind da, und Aufgabe einer verständigen Politik unserer Führer ist es, sie in der Praxis zum Ausgleich zu bringen. Das ist in den letzten Monaten mit Erfolg geschehen. Abgeordneter Ballermann und, unter seiner Führung die Reichstagsfraktion, haben seit dem Frühling mit guter Absicht eine Politik der mittleren Linie durchgeführt, die niemand in der Partei zu grundsätzlicher Abwehr Anlaß gegeben hat. Diese gesunde Politik der Beruhigung und des Ausgleichs wollen wir nationalliberalen nicht fördern, sondern fördern; die wenig günstige Gestaltung, welche die internationale Lage aufweist, verlangt gerade von unserer Partei mögliche Gelassenheit; diese Ueberzeugung hat dazu geführt, die inneren Parteikämpfe abzuklären zu lassen. Diesen Frieden begrüßt die Partei dank-

bar.“ — Weiter heißt es, die Nationalliberalen stünden in der Jesuitenfrage auf dem Bismarck'schen Boden. (Das paßt nicht so recht zu dem Bilde, das von den Nationalliberalen — gemacht wird.)

### Aus Baden.

e. Amlingen, 29. Dez. Am Abend des ersten Weihnachtstages wurde in der hiesigen Kirche ein Weihnachtsspiel von etwa 100 hiesigen Schülern unter Leitung von Herrn und Frau Hauptlehrer Maier hier aufgeführt, welche auch die Verfasser des Spieles sind. Die Kirche war lange vor Beginn des Spieles dicht gedrängt voll und die Erwartung, die man allgemein hegte, wurde nicht getäuscht, war doch das Spiel selbst und die gute Ausführung geeignet, Spieler und Hörer zu begeistern. Herrlich und erhebenstlangen die Chöre, die so ganz den Weihnachtston treffen. Zum erstenmal sah man hier eine derartige Aufführung. Es wäre aber sehr zu wünschen, daß die gute und dankbare Aufnahme des Spieles den Entschluß zur Reise bringt, derartige Spiele wiederholen zu lassen. Der Dank wird ein allgemeiner sein.

u. Buzenbach, 29. Dez. Bei der Bürgermeisterversammlung wurde Wahlhüter und Gemeinderat B. Schmaß mit 140 Stimmen gewählt. Sein Gegenkandidat, Kaufmann Schrotz, erhielt 88 Stimmen.

r. Mannheim, 29. Dez. Die bevorstehende Einverleibung der Orte Rheinau und Sandhofen — die Einverleibungsgesetze treten am 1. Januar in Kraft — geben, wie bereits kurz mitgeteilt, am Samstag nachmittags Veranlassung zu einfachen, aber eindrucksvollen Festlichkeiten, die nach einem vom hiesigen Stadtrat aufgestellten Programm vor sich gingen. Da die Festlichkeiten in beiden Orten gleichzeitig stattfanden, so fuhr ein Teil des Stadtrates und Bürgerausschusses nach Rheinau im Süden und ein Teil nach Sandhofen im Norden der städtischen Gemarkungsgrenze. In Rheinau war die Regierung durch Amtsoberst Geh. Regierungsrat Dr. Clemm, die Stadtverwaltung durch Oberbürgermeister Martin und Bürgermeister v. Hollander mit mehreren Stadträten und zahlreichen Stadtratsmitgliedern vertreten. Als der Lokalzug mit den Festgästen in Rheinau ankam, spielte die Rheinauer Feuerwehrkapelle einen schmetternden Tusch. Zur Begrüßung hatten sich Stadthalter Böhner und die neugewählten Rheinauer Stadträte und Stadtratsmitglieder eingefunden. Unter Vorantritt der Kapelle wurde zum Schluß des reichsbesetzten Ortes gezogen, wo der offizielle Begrüßungsakt vor sich ging. Oberbürgermeister Martin hielt eine längere formvollendete Ansprache, in der er nochmals einen Rückblick auf die mannigfachen Schwierigkeiten warf, die der durch das staatliche Eingreifen endlich zustande gekommenen Eingemeindung vorangingen. Der Redner betonte hierbei, daß eine eigenartige Fest- oder Beherde sich schon angesichts der bestehenden Verhältnisse verbiete. Man blicke in die Zukunft mit nicht allzu schwarzem Pessimismus und mit dem Gefühl der Erleichterung und Genugtuung über das gute Durchgehen des allmählich unentwirrbar gewordenen Knotens der Rheinaufgabe, andererseits ermäge man aber auch mit erster Besonnenheit und gewissenhafter Sorge, welche Geschicke der Stadt Mannheim in der nun kommenden neuen Entwicklungsperiode, die von der Vereinigung mit dem weit ausgebreiteten Netz des Rheinauhafens und des Industriebezirks datiert, beschieden sein werden. Nachdem Stadthalter Böhner, der ehemalige Filialbürgermeister, die Festgäste begrüßt hatte, wurde ein Kundgebung zur Begrüßung der Gemeindefestlichkeiten angetreten, worauf in einem Rheinauer Gasthause ein Abendessen eingenommen wurde, bei dem Bürgermeister v. Hollander das Hoch auf den Großherzog ausbrachte. In einer Reihe weiterer Trinksprüche kamen vornehmlich die besten Wünsche für das fernere Gedeihen Großmannheims zum Ausdruck. An der Fahrt nach Sandhofen mit der preussisch-hessischen Bahn beteiligten sich etwa 60 Festgäste. Die Regierung ließ sich durch Polizeidirektor Gräfer vertreten, die Stadtverwaltung durch die Bürgermeister Ritter und Dr. Finster, mehrere Stadträte und zahlreiche Stadtratsmitglieder und mehrere Amtsoberste. Auf dem Perron des Sandhofener Bahnhofes hatte sich Bürgermeister Herzbel, der mit zwei Gemeinderatsmitgliedern und neun Stadtratsmitgliedern in den Mannheim-Bürgerausschuß eintritt, mit dem Gemeinderat zur Begrüßung eingefunden. Als die Festgäste das Bahnhofsgebäude verließen, wurden sie von der draußen harrenden

Volksmenge mit draufenden Hochrufen und von der Sandhofener Kapelle mit einem Tusch empfangen. Die in den reichsbesetzten Ort führende Straße überspannte eine Ehrenpforte. Unter Vorantritt der Kapelle und unter Hölleffüssen und dem Geläute der Glocken erfolgte der Marsch zum Rathaus. Auf dem ganzen Wege bildete die Einwohnergesellschaft Sandhofens, soweit sie nicht den Zug begleitete, Spalier. Im festlich geschmückten Rathaussoale fand alsdann der offizielle Begrüßungsakt statt. Im Namen der Stadtverwaltung hielt Bürgermeister Ritter eine längere Ansprache, wobei er einen Rückblick auf die Geschichte der Einverleibung warf und mit besonderem Nachdruck betonte, daß die Stadt Mannheim die durch die Einverleibungsverträge eingegangenen Verpflichtungen auf das peinlichste erfüllen werde. Bürgermeister Herzbel hieß die Festgäste namens der Gemeinde Sandhofen herzlich willkommen und hob hervor, daß neben der Wasserwerkfrage die unbedingt notwendige Kanalisation, die der Gemeinde 2 Millionen gekostet haben würde, den Anstoß zur Einleitung der Eingemeindungsverhandlungen gab. Auch hier beschloßen Rundgang und Abendessen die Festlichkeiten. Beim Festessen brachte Bürgermeister Dr. Finster den Trinkspruch auf den Großherzog aus, während Polizeidirektor Gräfer Großmannheim hochleben ließ. In den Wirtschaften beider Ortsgemeinden gab es abends Freibier für die Einwohnergesellschaft, während die Schulkinder Brezeln erhielten.

x. Schwegen, 29. Dez. Nach dem Rechnungsjahresbericht für das Jahr 1911 betragen die Einnahmen der Stadtkasse 791.847,46 M. und die Ausgaben 789.764,55 M. An Wirtschaftsschlüssen aus den städtischen Einrichtungen flossen der Stadtkasse zu: 1200 M. aus der Gaswerkstätte, 16.000 M. aus der Wasserwerkstätte und 31.000 M. aus der Stadtparkasse. Das Vermögen der Stadt beläuft sich auf 2.091.793,81 M., während die Schulden 1.247.286,83 M. betragen. Der Reingewinn der Stadtparkasse stellt sich auf 78.671,48 M., ihr Referendats hat die Summe von 556.407,56 M. erreicht. Eingekauft sind 11,8 Millionen Mark Sparguthaben.

\* Pfaffstadt, 29. Dez. Der weitbekannte hiesige Ehrhug Hucke und seine Ehefrau feierten in letzter gemeinsamer Ehe die Fiftzig- und Fünfzigst- im engeren Familienkreise das Fest ihrer goldenen Hochzeit.

rg. Vom Hinterland, 29. Dez. Die seltsame Zeit des Gebens und Nehmens haben die betannten spanischen Schachspieler benützt, um wieder ihr Unwesen hierzuland in recht starkem Maße zu treiben. In zahlreichen Briefen wurde den Adressaten ein Drittel von 800.000 M. versprochen, wenn sie einen auf einem französischen Bahnhof beschlagnahmten Koffer, der die genannte Summe in Banknoten enthielt, auslösen. Leider gibt es immer noch Leute, die auf den Schwindel hereinfallen.

\* Wertheim, 29. Dez. Aus Anlaß der Vereinigung der Gemeinde Beftenheid mit Wertheim findet morgen abend 8 Uhr in Beftenheid eine gemeinsame Feier der Gemeindefestlichkeiten beider Gemeinden statt.

\* Rembach, 29. Dez. Beim Abendbrot am ersten Weihnachtstag löste sich auf dem Kirchum die große Glöcke und stürzte in beträchtlicher Höhe in die Tiefe. Ein Zwischengefall, auf dem die Turmruhr aufgestellt ist, wurde durchgeschlagen und erst das Gewölbe über dem Chor hielt die schwere Last. Die Glöcke muß weggenommen werden.

tc. Raast, 30. Dez. Auf 1. April l. J. wird die hiesige Bahnbauinspektion aufgelöst, an ihre Stelle tritt das Vermessungstechnische Bureau der Großh. Generaldirektion, welches von Karlsruhe hierher verlegt wird. Durch die Aufhebung der bisherigen Bahnbauinspektion kommen etwa 15 Beamte von hier weg, während nach Notizen in den hiesigen Blättern die neu hierher verlegte Dienststelle nur 5 Beamte hätte, was aber nicht zutrifft, da diese sogar 20 bis 22 Beamte umfaßt. Hier, wo seinerzeit das Gelände für das Gebäude der Bahnbauinspektion von der Stadt unter der Bedingung, daß stets eine Stelle mit entsprechendem Personal untergebracht würde, zur Verfügung gestellt wurde, ist die Bürgererschaft mit der Verlegung der Bahnbauinspektion nicht einverstanden und hat auf heute Montag abend eine Protestversammlung abgehalten. An Geschäfts- und Handwerkerkreisen befragt man, daß ein Nachteil für diese Interessenten dadurch entsteht, daß die bisher von der hiesigen Bahnbauinspektion vergebenen Arbeiten im Bezirk künftig von Karlsruhe aus zur Vergabung gelangen und hierdurch die Gewerbetreibenden am Platze geschädigt werden.

### Theater und Musik.

#### Großherzogliches Hoftheater.

Wegen Erkrankung von Felix Baumbach wird heute Montag an Stelle der Eröffnung von Wüstenhals „Waffengang“ der Schwant „Der Raub der Sabinerinnen“ von Franz und Paul Schönthan gegeben. 8-10. Die zum „Waffengang“ gelösten Eintrittskarten sind nunmehr zu der Aufführung des „Raub der Sabinerinnen“ gültig; sie können aber auch gegen Rückerstattung des Eintrittsgeldes bis spätestens 1/2 Stunde vor Beginn der Vorstellung zurückgegeben werden. Zu einer späteren Vorstellung haben sie keine Gültigkeit. — Die Eröffnung des „Waffengangs“ wird auf 7. Januar verschoben.

th. Volksschauspiel Detigheim. Wie nunmehr bestimmt feststeht, wird im kommenden Sommer auf der Volksbühne wieder „Wilhelm Tell“ zur Aufführung kommen. Die Rollenbesetzung wird fast durchweg die gleiche sein, wie 1911. Die für „Elmar“ eingerichtete Szenenerie wird für „Tell“ umgebaut und einige Verbesserungen erhalten.

th. Münchener Theater. (Von unserem Mitarbeiter.) Das Hoftheater brachte am Samstag die deutsche Uraufführung eines durch seine Nordland-Romanik fesselnden Werkes: „Berg-Epind und sein Weib“. Johann Sigurdson, ein junger isländischer Dichter, hatte mit diesem in die Tiefe gehenden Werk in der dänischen Hauptstadt einen beachtenswerten Erfolg errungen. Schon durch das 1808 geschriebene Heimat-Drama „Der Hof am Lavafeld“ war die Aufmerksamkeit auf den begabten Autor gelenkt worden. — „Berg-Epind“, eine Art Robinsonade, ist in stofflicher Hinsicht höchst einfach gestaltet. Die vier in der Gletscher-Einöde Islands um die Mitte des 18. Jahrhunderts spielenden Akte erzählen von dem romantischen Schicksal eines Menschen, der,

wegen eines Sammelbrotstahls verfolgt, mit einer geliebten Frau in die verschneiten Berge flieht, wo sie Hunger und Not ausgeht. — Wie aus der alten isländischen Saga erscheinen die auftrittenden Gesehenswürdigkeiten herausgeholt. Das Hohenlied auf die Liebe erklingt auf den kalten Bergen, die Epynd und seine treue Frau für ihn opfernde Flucht-gesährtin wandelte. Scharf und stark treten die nordischen Typen hervor und mit großer tragischer Kraft vollzieht sich ihr Schicksal. — Wenn auch die Aufnahme des Dramas ziemlich ungleich war — starken Beifall fand der erste Akt, — so hatte man doch das Gefühl, daß hier einer auf der Bühne stand, dem nicht daran gelegen war, ein wirkungsvolles „Theaterstück“ zu schreiben. Es war ihm darum zu tun, tiefer zu schärfen und an Dingen zu rühren, die starke Menschen bewegen können. — Am Schluß der in allem ausgezeichneten Aufführung konnte der anwesende Verfasser mehrmals auf der Bühne erscheinen.

Auch im Volkstheater gab es eine Neuheit, wenn auch nur als „erste Aufführung“. „Europa lacht“, ein amüsantes, satirischer Viedermeyer-Schwank von Heinrich Jigenstein wurde viel beachtet und belächelt. Das war erklärlich, denn es ist, wie hier, um das stets dankbare Thema dreht, „Wie schlägt man der hochwohlwollenden Obrigkeit ein Schnippchen?“ Das Stück handelt von nichts geringerem, als von der Befreiung eines wegen revolutionärer Ideen verhafteten Schriftstellers durch den König. Dieser König zieht feierlich in das Grenzstädtchen seines Staates ein, verleiht eine Menge Orden, überschüttet das Volk mit seinem Wohlwollen und entläßt die Gefangenen. In Wirklichkeit ist aber dieser Herrscher ein reicher Bürger und um die Blamage zu vermeiden und zu verhindern, daß wegen der Revolutionäre „Europa lacht“, geleitet der Staatminister in eigener Person den Pseudo-König ehrenvoll über die Grenze. — Die drastischen Vorgänge erregen große Heiterkeit. Nach dem 2. und 3. Akt wurde der zur Premiere erschienene Autor wiederholt gerufen. M.

### Kunst und Wissenschaft.

h. Der Generalmajor Scheninger ist nach einer Wiener Weibung gestorben.

Ademilche Nachträge. Der etatsmäßige Professor an der Bergakademie zu Clausthal, Dr. phil. Rudolf Rothe, ist zum etatsmäßigen Professor an der Technischen Hochschule zu Hannover ernannt worden; ihm wurde die durch den Fortgang des Professors Dr. Wiegand freigewordene Professur für Mathematik für Architekten und Chemiker und angewandte Mathematik übertragen. — Geheimrat Professor Dr. Wilhelm Fleischmann, der bekannte Vertreter der Landwirtschaftslehre an der Göttinger Universität, verstarb am 31. Dezember das 75. Lebensjahr. Sein Geburtsort ist Erlangen. In die akademische Laufbahn trat er 1866 als ordentlicher Professor an der Universität Königsberg ein. Hier war er Nachfolger von v. d. Goltz. Im Jahre 1896 siedelte er nach Göttingen als Nachfolger Liebichs über. — Wie wir hören, wird Dr. P. Conrad, Konfessionsrat und erster Pfarrer an der Kaiser-Wilhelm-Gedächtniskirche in Berlin, dem Rufe an die Universität Halle a. S. seine Folge leisten; er war dort zum Nachfolger von Professor Drens auf dem Lehrstuhl der praktischen Theologie in Aussicht genommen.

### Kleines Feuilleton.

(.) Tolkühner Eisenbahnraub. Der Lufzug, der auf der Eisenbahnlinie zwischen Chfago und St. Louis verkehrte, wurde am Mittwoch zwischen Mitt- und Donnerstag, während er mit einer Schnelligkeit von 60 Meilen per Stunde dahinfuhr, unweit St. Louis von Räubern angehalten. Die Banditen brachten den Zug durch Laternensignale zum Stillstand. Vier maskierte Räuber hielten den Lokomotiv- und Zugführer mit Revolvern in Schach. Die Passagiere auszurauben erachteten die Spießhüben offenbar

als zu gemacht. Daher zwangen sie die beiden Eisenbahner, den Postwagen loszulassen und machten sich über denselben her, nachdem der Zug die unterbrochene Fahrt fortgesetzt hatte. Mit größter Seelenruhe plündern sie den Wagen, der Gold und Juwelen im Werte von über 400.000 M. enthielt, aus. Eine Kasse, die allein 200.000 M. in Gold und Juwelen enthielt, wurde von den Banditen mit Dynamit aufgepöngt. Als auf einer Lokomotive der „Scheriff“ mit seinen Gefährten angefahren kam, nahmen die Räuber Reißaus. Ihre Verfolgung blieb ergebnislos.

(.) Seltene Auswüchse des Raifens in den Vereinigten Staaten. Durch die amerikanischen Presse geht die Nachricht, daß J. A. Johnson, der Regierende, eine prächtige Villa in der Millionär-Kolonie am „Genfer See“ im Staate Wisconsin angekauft habe. Dies sei der erste Schritt eines Syndikats von reichen Regern, das den Zweck verfolgt, in die vornehmsten Orte der amerikanischen Westküste einzudringen. Das Syndikat hat die Absicht, in folgender Weise zu operieren: In den solitonischen Villenorten von Florida, Kalifornien und anderen Südstaaten werden durch Vermittler Willen und Grundstücke angekauft. Nach völligem Ankauf zieht in die Villa ein Regier ein, der so lange den Besitz spielt, bis es gelang, das Grundstück und Gebäude mit reichem Profit loszuschlagen. — Diese seltsame Kampagne illustriert eine ebenso neue wie unerquidliche Phase im Raifensriege der Vereinigten Staaten. — J. A. Johnson hat sich bereits am amerikanischen Ozean See niedergelassen. Weitere neun gebürtige Regier folgen ihm in Kürze in der Erweiterung weiterer Grundstücke im Villenorte der Millionäre und beabsichtigen zum Entzehen der oberen Vierhundert von Amerika einen Regierklub vorzunehmen Stils ins Leben zu rufen.

Wesfenbach, 29. Dez. Das 1 1/2 Jahre alte Mädchen des Fabrikarbeiters K. Braun fiel in einen Kessel mit heißem Wasser und erlag den erlittenen schweren Brandwunden.

Baden-Baden, 29. Dez. Dem Vorschlag der Oberbürgermeisterkonferenz entsprechend, hat der Stadtrat beschlossen, als Guldigung zum Regierungsjubiläum des Kaisers zur Verteilung an Kriegsveteranen den Betrag von 1000 M. in den nächsten Voranschlag und eine entsprechende Summe in die späteren Voranschläge einzustellen.

St. Georgen i. Schw., 29. Dez. Der Bürgerausschuß genehmigte die Erhöhung des Gehalts des Bürgermeisters von 4500 auf 5000 M. und stimmte dem Vorschlag des Gemeinderats bei, einen engeren Wettbewerb unter den badiischen Architekten für die Pläne eines neuen Schulhauses und eines Lehrerwohnhauses auszuschreiben.

Freiburg, 29. Dez. Aus einer Ueberricht über die Staatssteuerkataster der Stadt Freiburg betragen die Steuerwerte für das Jahr 1913 insgesamt 999 861 659 M. gegen 967 854 492 M. im Jahre 1912. Sie verteilen sich auf 475 018 400 (1912: 453 962 200) Markt Kapitalvermögen, 421 488 559 (416 274 692) Eigenkapitalvermögen, 103 174 900 (97 355 900) gewerblich Betriebsvermögen und 179 800 (261 700) land- und forstwirtschaftl. Betriebsvermögen. Der Vermögenssteueranschlag für 1913 beläuft sich auf 812 987 500 M. gegen 785 648 500 M. im Vorjahre. Das steuerbare Einkommen beträgt 63 750 716 M. (60 613 427) und der Einkommensteuerertrag 1 663 638 (1 564 312) M. Zusammen ergibt sich aus der Vermögens- und Einkommensteuer für die Staatskasse ein Steuerertrag von 129 397 M. Die Gesamtvermögenssteuerkapitalien der Stadt überschreiten nunmehr die erste Milliarde zum ersten Male.

Donauwörth, 29. Dez. Der Bürgerausschuß von Braunlingen beschloß sich in seiner letzten Sitzung mit einer Reihe von Beschlüssen, die gegen den Bürgermeister vorgebracht wurden. Mit Mehrheit wurde sodann ein Antrag auf Einleitung eines Disziplinarverfahrens gegen den Bürgermeister angenommen.

Säckingen, 29. Dez. Gestern wurde in der Aula des Schulhauses unter Vorsitz des Bürgermeisters Trunzer, nach einem Referat des Gemeindevorstandes Lang Karlsruhe, definitiv die Kraftwagen-Gesellschaft Säckingen-Herrschried, e. G. m. b. H., mit Sitz in Säckingen, gegründet. Vorsitzender und Geschäftsführer ist Maschinenfabrikant E. Schrieder, Säckingen, Stellvertreter Bürgermeister Matt. Herrschried, Kassenkontrolleur F. Broggi, Gemeinderat Säckingen, Vorsitzender des Verwaltungsrates Bürgermeister Trunzer-Säckingen, Stellvertreter Bezirksrat K. Lange-Kleinlaubauburg. Die Gesellschaft bezieht durch regen Motorverkehr den Höhenweg zwischen Säckingen und Herrschried und durch den Höhenweg und ein Kraftfahrzeugbestell wird. Die Stadt Säckingen wird sich mit einer bedeutenden Subvention beteiligen.

Singen a. S., 29. Dez. Die städtischen Kollegien beschäftigten sich in ihrer letzten Sitzung mit dem Dienstvertrag des neuen Bürgermeisters Dr. Thorbecke. Der Vorsitzende, Gemeindevorstand Hanloser, gab Aufschlüsse über den Entwurf, aus dem zu ersehen ist, daß der neue Bürgermeister ein Gehalt (mit Nebenbezügen) von etwa 10 000 M. erhält. Der Vertreter des Zentrums erklärte, daß seine Partei nach den Vorarbeiten bei der Bürgermeisterwahl keine Veranlassung habe, sich mit der Angelegenheit zu beschäftigen und sich der Zustimmung enthalte. Der Dienstvertrag des neuen Bürgermeisters wurde sodann mit 46 Stimmen angenommen. Der Gemeinderat hat den Beschluß gefaßt, sich an die Regierung zu wenden, um die Durchführung der Neuordnung in der Eisenbahnverwaltung mit Bezug auf die Aufhebung der Bahnbaupolizei Singen hinauszuschieben.

Konstanz, 29. Dez. Der verheiratete 60jährige Tagelöhner J. Stähle geriet bei der Dunkelheit über das Ufer des Schönbühlbades. Grenzbadbesitzer ertrank.

Kirche und Schule.

Religionsstatistik. Nach den neuesten Zählungen gibt es auf der ganzen Erde etwa 188 Millionen Evangelische, gegenüber 261 Millionen Römisch-Katholische und 116 Millionen Griechisch-Orthodoxe. Das Land mit der stärksten evangelischen Bevölkerung sind die Vereinigten Staaten von Nordamerika. In Europa sind England, Dänemark, Norwegen und Schweden und Finnland fast ganz evangelisch (über 95 Prozent der Bevölkerung). Über 50 Prozent zählen die Evangelischen in Deutschland (62 Prozent), Schottland, Holland und der Schweiz.

Aus dem Stadtkreise.

Aus der Geschichte des Jährigen Löwenordens. Bei der Darstellung über den Jährigen Löwenorden hieß es, die Großherzogin Stephanie sei eine geborene Baronessin Tochter de la Pagerie gewesen. Dazu schreibt uns ein Leser: Das ist ein Irrtum. Die Großherzogin Stephanie war die Tochter des Generals Grafen Claude Beauharnais, der 1819 in Paris starb. Dieser Graf Beauharnais hatte einen Vetter Alexander, der 1794 entkoppelt wurde und der erste Gemahl der späteren Kaiserin Josephine (der ersten Gemahlin Napoleons) war. Diese Josephine nun war eine geborene Tochter de la Pagerie und war wie ihr erster Gatte auf der Insel Martinique geboren. Es scheint demnach in der genannten Darstellung eine Verwechslung vorzuliegen.

Der Ausnahmestatu für Fleisch von tsch. geschlachtetem Vieh vom 1. Januar 1907 erlischt mit dem 31. Dezember d. J.

Auf unsern Schwarzwaldbergen war's gestern wieder hochsommer: die Sonne glühte vom wolkenlosen blauen Himmel, die Mäden tanzten, Moten und Falter fliegen umher, und im Gebüsch zwitscherten die Vögel: man zog Rod und Beste aus, ließ sich verjüngen den Schweiß von der Stirne rinnen, jobete und sang Frühlingslieder — und war dennoch nicht so recht von Herzen froh dabei, fühlte sich durch die innere Unmöglichkeit des sommerlichen Winterlebens rundum etwas unbehaglich berührt, fand, daß dies alles doch nicht ganz echt, sondern nur das Produkt einer gehörigen Entgleisung der Natur sei, und hätte für ein beschleunigtes Schlagen ortsentfremdeter Winterhaftigkeit die ganze Herrlichkeit fastlächelnd hingegeben. — Die Wege waren, trotz der in den letzten Tagen niedergegangenen Regengüsse, im allgemeinen

über Erwarten gut abgetrocknet und hätten wohl verdient, mehr begangen zu werden, als dies in Wirklichkeit der Fall war: man konnte fundenlang gehen, ohne einen Wanderer anzutreffen, und an den Stellen, die sonst um diese Zeit von Schl- und Rodel-Hell widerhallen, war's beängstigend still.

Dienstjubiläum. Am 1. Januar 1913 sind es 25 Jahre, daß Herr Karl Siegel als Angestellter der Garde des Großherzoglichen Hoftheaters tätig ist. Wegen seines Eifers und seiner Pflichttreue, gepaart mit steter Liebenswürdigkeit, erfreut sich der Jubilar großer Beliebtheit in allen Kreisen des Hoftheaters. Mögen ihm auch fernherhin noch viele Jahre körperlicher Gesundheit und geistiger Frische beschieden sein.

Waffenpielei. Ein 13jähriger Volksschüler wurde am Kaiserplatz von einem noch unbekanntem Knaben mit einer Flobertpistole in die linke Hand geschossen und da die Verletzung sehr schmerzhaft war, in das Diakonissenhaus gebracht.

Brände. Durch Spielen mit einer Christbaumkerze verursachte gestern vormittag ein 9 Jahre alter Knabe in Amnestienstraße den Brand in der elterlichen Wohnung in der Kronenstraße, durch den mehrere Möbelstücke beschädigt wurden. Auch entstand ein Gebäudeschaden von 200 M. Das Feuer wurde durch die Feuerwehr gelöscht. — Gestern vormittag entstand in der Küche eines in der Wilhelmstraße wohnenden Rüstlings in einem noch unbekanntem Brand, daß ein in einer Pflanze auf dem Wand hängendes großes Bildschild mitleidlich. Durch die dadurch entstandene Hitze kam ein am Pfand befindliches Gasrohr zum Schmelzen und das nun ausströmende Gas zur Entzündung. Das Feuer konnte durch den Beschädigten ohne fremde Hilfe gelöscht werden.

Veranstaltungen, Vereine und Vorführungen.

Frei Kreiser ist bereits bei unserem musikalischen Publikum derartig beliebt, daß die Anzeige seines am Mittwoch, den 8. Januar stattfindenden Konzertes genügen dürfte, das ganze musikalische Karlsruhe zu alarmieren. Leider ist es nicht möglich, das Programm jetzt schon bekannt zu geben, da der Künstler sich jetzt auf der Heimreise von Amerika befindet und ihn eine Anfrage nicht erreicht. Heute Montag, den 30. Dezember beginnt die Kartenvergabe in der Hofmusikkapellhandlung Hugo Kunz, Nachf. Kurt Neufeldt, Kaiserstraße 114.

Gesangverein Babenia. Am Neujahrstag findet im Vereinslokal ein musikalischer Frühgottesdienst unter Mitwirkung der gesamten Schützengilde statt.

Die Mitglieder des Naturhistorischen Vereins seien auf die außerordentliche Generalversammlung aufmerksam gemacht. (S. d. Anzeiger.)

Sport und Spiel.

Fußball.

Spiele im Südkreis fanden gestern nur in Forzheim u. Stuttgart statt. Der Forzheimer Fußballklub gewann sein vorletztes Spiel gegen den Freiburger Fußballklub mit 3:2 Toren. — Das Treffen der beiden Vorkämpfer Stuttgarter Sportfreunde und Verein für Bewegungsspiele Stuttgart brachte ein unentschiedenes Resultat mit 1:1 Toren. Die beiden Karlsruher Vereine waren spielfrei.

Vom Ostkreis sind folgende Resultate zu melden: Spielvereinigung Fürth gewann gegen Münchener Turnverein München 1860 mit 4:2 Toren. Männerturnverein München erlag gegen Peitz Rürnberg mit 1:2 Toren.

Table with 6 columns: Vereine, Tore, Punkte, etc. for various football clubs.

Luftfahrt.

Internationaler Luftverkehr.

Kopenhagen, 30. Dez. Gestern wurde hier eine Sitzung von Vertretern von Luftschiffvereinen aus Dänemark, Norwegen, Schweden und Deutschland abgehalten und beschlossen, zu versuchen, die Mittel für einen Internationalen Dienstflug zwischen Städten der vier genannten Länder, der Ende Juni nächsten Jahres stattfinden soll, aufzubringen.

Paris, 30. Dez. Der Ausschuss für das Militärflugwesen erstattete dem Kriegsminister Vorschläge über die für 1913 vorgesehene Ankaufe von Flugzeugen. Wie offiziell berichtet wird, wird diese Zahl weit über 400 betragen. Im Jahre 1912 wurden ebenfalls über 400 Militärflugzeuge angeschafft.

Rußland.

Petersburg, 30. Dez. Ein gestern veröffentlichter Erlaß des Kaisers genehmigt das von dem Minister des Innern, Makaroff, wegen Krankheit eingereichte Demissionsgesuch. Makaroff bleibt weiter Mitglied des Reichsrates und des Senates. Zum Vizepräsident des Ministeriums des Innern wird Makaroff, Gouverneur von Tschernigow, ernannt.

Petersburg, 30. Dez. Der Kriegsminister hat beim Militärat beauftragt, die Pflicht zur Stellung von Militärpersonen und von Transportmitteln zum Militär auf Grund der allgemeinen Reichsgesetze auf Finnland zu übertragen.

Ein kritischer Moment in den Londoner Friedensverhandlungen.

Konstantinopel, 30. Dez. Nach längeren Beratungen hat der Ministerrat beschlossen, noch in der Nacht den türkischen Bevollmächtigten in London telegraphisch neue Instruktionen zugehen zu lassen. — In amtlichen Kreisen wird über die Instruktionen Stillschweigen bewahrt. — Es verlautet, daß in denselben gelagert werde, der Besitz des Bilajets

Adrianopel sei für die Verteidigung von Konstantinopel unumgänglich notwendig. Die Pforte sei verpflichtet, auf diesem Standpunkte zu bestehen, und wenn Bulgarien darin nachgeben würde, sei die Pforte bereit, ihm Kompensationen in den nördlich des Bilajets gelegenen Gebieten zu bewilligen. Was die Inseln anbelange, so lasse die Pforte keine Diskussion betreffend den Inseln zu, die den Eingang zu den Dardanellen beherrschen. Betreffend der anderen Inseln würde die Pforte zu einer Verständigung bereit sein auf der Grundlage der Regierungsform von Samos.

Die Frage der von Italien besetzten Inseln sei lediglich zwischen der Pforte und Italien zu verhandeln; Kreta bilde nicht den Gegenstand des gegenwärtigen Krieges. Die Kretafrage werde zwischen den Schutzmächten und der Pforte verhandelt werden. — Eine amtliche Meldung besagt, daß die neuen Instruktionen in jeder Hinsicht das Entgegenkommen der Pforte beweisen und ihren Wunsch, die Friedensverhandlungen zu Ende geführt zu sehen. In keinem Falle würde man jedoch der Abtretung von Adrianopel zustimmen können.

Sofia, 30. Dez. Die Friedensdelegierten des Balkanbundes sollen, wie an zuständiger Stelle verlautet, angewiesen werden, falls auch die heutigen Bedingungen der Türken unzustufel seien, die Türken zu fragen, ob dies ihr letztes Wort sei, um bejahenden Falles die Verhandlungen abzubrechen. In Regierungskreisen hält man zwar den Abbruch der Verhandlungen für wahrscheinlich, glaubt aber trotzdem, daß schließlich die Türken nachgeben werden, bevor es zur Wiederaufnahme der Feindseligkeiten kommt.

Wien, 30. Dez. (Eig. Drahtbericht.) In hiesigen unterrichteten Kreisen verlautet, daß die Großmächte in einem kollektiven Schritt in Konstantinopel die Türken aufgefordert haben, auf Adrianopel zu verzichten. Die Türkei habe dies aber abgelehnt. Ferner hat England energisch dagegen protestiert, daß die Bulgaren sich dauernd in der Stadt Rodosto am Mararmaree festsetzen, und verlangt, daß die Kontrolle der Reerege auch weiterhin ausschließlich der Türkei überlassen bleibe.

Paris, 30. Dez. (Eig. Drahtbericht.) Der Londoner Sonderberichterstatter des "Matin" meldet: Die von Dr. Danneff vorgeschlagenen türkischen Gegenangebote erhalte Antwort bedeutet, daß die Türken die Balkan-Verbindungen zum Abbruch der Verhandlungen zwingen, falls sie bis heute nachmittag keine diskutablen Vorschläge machen sollten. Ein Abbruch der Verhandlungen würde aber keineswegs die Wiederaufnahme der Feindseligkeiten notwendig machen, da die türkische Regierung möglich machen, die Widerstand der öffentlichen Meinung zu besiegen und den Bedingungen der Balkanverbündeten entsprechende Vorschläge zu machen. — Dem "Echo de Paris" wird von seinem Londoner Berichterstatter zu der Frage, ob die Balkanverbündeten angesichts der türkischen Gegenangebote zur Wiederaufnahme der Feindseligkeiten bereit seien, gemeldet, die Griechen würden ohne Zaudern (!) die Offensive ergreifen; auch die Bulgaren würden dies erforderlich anfalls tun, aber mit weniger Begeisterung. Die griechische Armee sei unversehrt, während die Bulgaren erschöpft seien und außerordentlich Gefahr laufen, im Falle einer unversöhnlichen Haltung gegen Rumänien auch mit diesem Land in kriegerische Verwicklungen zu geraten. Eine Wiederaufnahme des Krieges würde die Bulgaren zu einer territorialen Verständigung mit Griechenland zwingen, die zweifellos nur für letzteres vorteilhaft wäre.

Konstantinopel, 30. Dez. Kriegsminister Nazim Pascha ist gestern abend nach dem Hauptquartier vor Tschataldscha abgereist.

Konstantinopel, 29. Dez. Die Lage an der türkischen Verteidigungslinie ist wenig günstig. Die Stimmung für die Verteidigung des Krieges bricht der "Fehl. Ztg." zufolge jetzt immer allgemeiner durch und vermehrt die ohnehin herrschende Sorglosigkeit. Der Plan, der vor vier Wochen festgehalten war, ist längst verfallen und der Fatalismus gewinnt allseits Oberwasser. Unter anderem wird sehr über die Vernachlässigung des gesamten Pforter Defensivsystems geklagt; die Tiere leiden unter der zunehmenden Futtermangel und sind heute für eine Offensiveaktion unbrauchbar. Fühbar wird auch, daß die russischen Besatzen dem Export von Proviant nach der Türkei, der bis jetzt ungehindert vor sich ging, Semmelmisse bereiten.

Saloniki, 30. Dez. Laut Mitteilung des bulgarischen Kommandos werden in Saloniki bis auf weiteres zwei, in Serres drei Bataillone verbleiben. Die Bulgaren haben mit der Aushbung der Returen in den von ihnen besetzten Gebieten begonnen. Ueberall wurden Anordnungen für den Transport der bulgarischen Truppen für den Fall der Wiederaufnahme der Kämpfe vor Tschataldscha getroffen. General Andrejef hat Saloniki verlassen.

Die bulgarisch-türkischen Sonderverhandlungen.

Konstantinopel, 29. Dez. Die Pforte macht aus ihren Sonderverhandlungen mit Bulgarien kein Geheimnis. Einzelheiten sind noch nicht bekannt, es wird aber angenommen, daß, wie bereits gemeldet, ein Abkommen geplant ist, nach dem Adrianopel als geschlossene Festung der Türkei verbleiben soll, wogegen diese Bulgarien eine vorzeitige finanzielle Transaktion bieten würde.

Politische Reise des rumänischen Ministers des Innern.

Bukarest, 29. Dez. Die Kammer hat die Adresse zur Erwidmung auf die Thronrede einstimmig angenommen. Der Minister des Innern, Jonescu, unternimmt in diesen Tagen eine politische Reise, die ihn nach Wien, Berlin, London und wahrscheinlich auch nach Paris führen wird.

Die Wirkung des Balkankrieges auf die österreichische Industrie.

Wien, 29. Dez. Das Abgeordnetenhaus begann gestern die zweite Lesung des Budgetprovisoriums. Der erste Teil der Sitzung wurde ausgefüllt durch die Ausführungen der Minoritätsberichterstatter, darunter der Außenminister, welche ausführlich über die Schädigungen, welche Oesterreich-Ungarns Volkswirtschaft durch den Balkankrieg erleidet: Alle Kreise der Industrie, welche an dem Export nach den Balkanländern beteiligt sind, werden betroffen. Dieser Export ist so plötzlich ab, daß rollende Waren unterwegs zurückbefördert werden mußten. Durch die Dekretierung der Worratorien in den kriegführenden Staaten, mit Ausnahme der Türkei, wurden außerdem die Außenstände unserer Industrie am Balkan für längere Zeit uneinbringlich. Am meisten litt darunter unsere Textilindustrie, namentlich die Baumwollindustrie. Es mußten namhafte Reduktionen in einigen Betrieben vorgenommen werden und es sind alle Neben- und Hilfsindustrien im Mittelstand gezeugen. Die Verhältnisse auf dem Balkan lösten aber auch eine allgemeine Unsicherheit aus, welche zunächst eine ziemlich unermittelte Einschränkung des Inlandskonsums zur Folge hatte, worunter alle Industrien mit wenigen Ausnahmen empfindlich zu leiden hatten. Noch härter wurde unsere Volkswirtschaft getroffen durch die starke und zweifello Übertriebene Kündigung von gewährten Krediten und die Stillierung neuer Kreditverhandlungen, wodurch die seit vielen Monaten herrschende Anspannung am Geld- und Kreditmarkt sehr verschärft wurde. Die größte Gefahr drohte unserer Wirtschaft von der plötzlichen und an einigen Orten gerabeguz stürmischen Abhebung der Einlagen von Sparkassen. Dank der von ihnen im Einvernehmen mit der Oesterreichisch-ungarischen Bank getroffenen Maßnahmen, hat sich bei keinem einzigen Institut eine wirkliche Störung bei der Rückzahlung der Einlagen ergeben, trotzdem diese Rückzahlungen bisher ungeahnte Dimensionen angenommen hätten. Der Minister verweist darauf, daß die Unsicherheit der Lage in Ostgalizien und in der Bukovina die schwersten Konsequenzen nach sich gezogen habe. Trotz der großen Schwierigkeiten auf dem Gebiete des Kreditwesens habe sich der galizische Kaufmanns- und Gewerbestand sehr wacker gehalten. Der Vorwurf, daß seitens der Banken und Bankfilialen Kreditkündigungen und Restriktionen ohne Rücksicht auf die Verhältnisse vorgenommen worden seien, scheine nur in vereinzelten Fällen begründet zu sein. In der gegenwärtigen Krise, erklärte der Minister weiter, sind sehr tröstliche Lichtblicke zu verzeichnen. Vor allem hat die Funktion unserer Noteninstitute sich aufs beste bewährt. Die österreichisch-ungarische Bank ist ihren Aufgaben allgemein gerecht geworden und blieb stets die feste Säule unseres Geldwesens. Ich bin sehr überzeugt, daß wir das Beste überstanden haben, und daß wir eine allmähliche Rückbildung der unersreulichen Erscheinungen im Hinblick auf die zahlreichen günstigen Symptome gemäßen können. Auch eine Erleichterung der Geldlage ist nach Ablauf des Jahres zu erwarten. Die schwarzen Wolken, die den politischen Horizont einige Zeit umdüstert haben, sind im Rückgange begriffen und wir dürfen mit ruhiger Zuversicht in die nächste Zukunft blicken. Aus voller Ueberzeugung sprach der Minister die Erwartung aus, daß Oesterreichs Handel und Industrie, welche durch die günstige Konjunktur der letzten Jahre gestärkt worden seien, die jetzige schmerzhafteste Episode bald überwinden haben werden. Oesterreichs Volkswirtschaft sei in ihrem Kern gesund und kräftig und werde es künftig bleiben. Der Minister sprach schließlich den Wunsch aus, daß der gute Wille zur Arbeit, der sich in den letzten Tagen im Abgeordnetenhaus durchgeäuert habe, sich vertiefen möge und auch zum Frieden unter den Parteien und unter den Völkern dieses Reiches führen möge. (Lebhafter Beifall.)

Das Budgetprovisorium wurde in 2. und 3. Lesung angenommen. Außerdem hat das Abgeordnetenhaus in seiner gestrigen Sitzung noch einige kleinere Vorlagen, darunter die betreffend die Reform des Vereinsgesetzes, angenommen. Die Sitzung wurde gegen 2.30 Uhr nachts nach 18 1/2 stündiger Dauer geschlossen. Die nächste Sitzung findet Ende Januar statt.

Beirut, 29. Dez. Hiesigen Blättern zufolge ist die Öffnung der Stadt Djurnieh als Libanon-Hafen gesichert. Die Pforte würde damit einem dringenden Bedürfnis des autonomen Libanon-Staates entsprechen.

(Siehe auch 1. Seite.)

Letzte Nachrichten.

Die Präsidenschaftsfrage.

Paris, 30. Dez. (B. V.) Der Ministerpräsident hatte gestern vormittag eine Besprechung mit Ribot. Nach derselben erklärte Ribot, daß in seinen Absichten sich nichts geändert habe. Demnach hält Ribot seine Kandidatur für die Präsidenschaft aufrecht.

Paris, 30. Dez. (Eig. Drahtbericht.) In parlamentarischen Kreisen verlautet, daß das Ergebnis der gestrigen Unterredung Poincarés mit Ribot sich dahin kennzeichnen lasse, daß beide Kandidaten für die Präsidenschaft der Republik bleiben, daß aber jeder von ihnen entschlossen ist, zugunsten des anderen zurückzutreten, falls dieser im ersten Wahlgang auch nur eine Stimme mehr erziele.

Aus der russischen Duma.

Petersburg, 28. Dez. Die Reichsduma hat in ihrer letzten Sitzung vor ihrer Verlagerung mit 132 gegen 78 Stimmen der Nationalisten und der Linken eine von den Progressisten eingebrachte Uebergangsformel zu der Erklärung des Ministerpräsidenten über die auswärtige Politik angenommen. Die Uebergangsformel spricht die Ueberzeugung aus, daß eine normale gesetzgeberische Arbeit nur dann möglich ist, wenn die Regierung von dem aufrichtigen Bestreben erfüllt ist, zur Verwirklichung der im Oktobermanifest angekündigten Grundzüge auf Einführung einer strengen Gesetz-mäßigkeit mit der Reichsduma zusammenzuarbei-

ten. Die Uebergangsformel fordert die Reichsduma und die Regierung auf, diesen Weg offen und fest zu betreten.

Die bayerische Staatszeitung.

München, 29. Dez. Die „Correspondenz Hoffmann“ schreibt: In der Presse wird nach wie vor an der irrigen Auffassung festgehalten, daß die, wie bekannt, auf unrechtmäßigem Wege in die Öffentlichkeit gelangte Aufzeichnung der Redaktion der „Staatszeitung“ die amtliche Billigung gefunden habe. Dies ist nicht der Fall. Ein Heft der in dieser Niederschrift enthaltenen Anregungen sind gut gemeint, jedoch aus praktischen und rechtlichen Gründen undurchführbar und unannehmbar, insbesondere jene Vorschläge, die sich auf eine irgendwie geartete Heranziehung der königlichen Gesandtschaften zur Mitarbeit an der „Staatszeitung“ beziehen. Es dürfte sich im übrigen empfehlen, das Erscheinen der ersten Nummer der „Staatszeitung“ abzuwarten, die über das Programm der Zeitung ausführliche Aufschlüsse geben wird.

München, 29. Dez. Der „Frkf. Stg.“ wird gemeldet: Wie man erfährt, hat Prinzregent Ludwig in der Angelegenheit der „Bayerischen Staatszeitung“ einen Bericht eingefordert; der Regent soll über die letzten Veröffentlichungen in dieser Sache erst auaunt gemeldet sein. Es ist möglich, daß die Forderung einzelner Mitarbeiter betreffs eines neutralen Redakteurs der „Staatszeitung“ nachträglich doch noch erfüllt wird. Auch wird immer mehr mit der Möglichkeit gerechnet, daß demnächst innerhalb der Regierung wichtige Personalveränderungen durchgeführt werden.

München, 30. Dez. (Eigener Drahtbericht.) Die bayerischen Zeitungsverleger beschlossen, sich gegen die drohende Konkurrenz der von Herrn von Hertling gegründeten „Bayerischen Staatszeitung“ zu einer gemeinsamen Aktion zusammenzutun.

Neue „Kleine Anfrage“.

Berlin, 29. Dez. Der Abgeordnete Berner (Wiesing) richtete eine „Anfrage“ an den Reichskanzler, ob er geneigt sei, Schritte zu tun, um die immer brennender werdende Ausländerfrage an den deutschen Hochschulen und Universitäten im Interesse unseres Volkstums und des geistigen und wirtschaftlichen Lebens geistlich zu regeln.

Ausbau der Wasserkräfte in Preußen.

Kassel, 30. Dez. Für Ueberlandzentralen zum Ausbau der Wasserkräfte an der Ebertalsperre, der Dinemendalsperre sowie dem Einfluß der Werra und Fulda in die Weser wird der Betrag von neun Millionen Mark als notwendig bezeichnet.

Einer Spionagegesellschaft auf der Spur.

Breslau, 30. Dez. Hier verlautet, daß die Polizei einer großen Spionagegesellschaft auf die Spur gekommen ist und nicht weniger als 30 Personen verhaftet haben soll. Die Verschwörung, die sich aus Deutschen und Russen zusammensetzt, soll beabsichtigt haben, sämtliche militärisch wichtigen Brücken in die Luft zu sprengen. (2)

Breslau, 29. Dez. (Frankf. Stg.) Unter Spionageverdacht wurden in Sosnowitz der Vorsteher des dortigen Einkaufsbureaus des Pulchinsk-Werks und seine Gattin sowie ein Ingenieur der Kesselwerke Fikner & Kamper verhaftet. Die beiden Herren sind österreichische Reserveoffiziere.

Unheilvolle Panik im Kino.

(Eigener Drahtbericht.)

Strasbourg i. E., 30. Dez. Im hiesigen Eldorado-Kinematographentheater gerieten in der vergangenen Nacht mehrere Films in Brand. Des Publikums bemächtigte sich eine Panik. In dem entsetzlichen Gedränge wurden zahlreiche Männer und Frauen niedergetreten; 3 davon mußten schwerverletzt ins Krankenhaus verbracht werden, während etwa 20 Leichtverletzte in den Apotheken die erste Hilfe suchten.

Opfer des Grubenunglücks.

Köln, 30. Dez. Von den auf der Beche „Achenbach“ verunglückten Bergleuten ist noch einer gestorben; im Krankenhaus zu Grambauer befinden sich noch zehn Schwerkranke. Zwei von ihnen sind genesungslos; sie mußten ins Dortmunder Krankenhaus geschafft werden. Auch im Krankenhaus zu Balthro ist bei einem zweiten Grubenunglück infolge des ausgedehnten Schretens aufgetreten.

Schiffsunglück.

Kopenhagen, 30. Dez. (Eigener Drahtbericht.) Der englische Fischdampfer „Komeo“ ist an der isländischen Küste im heftigen Sturm mit seiner Besatzung von 30 Mann untergegangen.

Buenos-Aires, 29. Dez. Der Kapitän und die Mannschaft des englischen Dampfers „South Atlantic“ aus Cardiff sind an Bord des Dampfers „Siberian“ eingetroffen. Sie erzählten, die „South Atlantic“ sei am 9. Dezember an den Klippen bei der Insel Brava, 120 Meilen von Cap Verde entfernt infolge Nebels gescheitert. Die ganze Mannschaft ist gerettet.

Stuttgart, 30. Dez. Der neu ernannte Minister des Innern, v. Fleischer, ist, wie der Schwäbische Merkur mitteilt, an einer Rippenfellentzündung erkrankt.

Graz, 30. Dez. Gestern wurden die Maschinen-, Lager- und Arbeitsräume der Papierfabriken Merry Mill, Blesl, Westermann, B. Berger & Co. durch Feuer zerstört. Der durch Versicherung gedeckte Schaden beträgt 400000 Kronen. Das Feuer soll durch Selbstentzündung von mit Del getränkten Fußlappen entstanden sein. Bei den Löscharbeiten erlitten 29 Feuerwehrmänner leichte Verletzungen.

Jubianapolis, 29. Dez. Von 40 Beamten der Labour-Union, die in den Mac-Namara-Dynamitpöhlen beschäftigt waren, sind mit Ausnahme von zweien alle schuldig befunden worden, darunter Ryan, der Präsident des Eisenarbeiterverbandes.

Fast doppelt so groß wie im Vorjahre war das diesjährige Weihnachtsgeschäft in Kaffee Hag, ein Beweis für die steigende Beliebtheit des koffeinfreien Bohnenkaffees.

Advertisement for coffee products: Auf Weine, Liköre, Punsch-Extrakte. Includes an illustration of a man with a basket and text: J. Estelmann, Holfleherant, Karlsruhe, Horrenstr. 12. Rabatmarken. Fernspr. 537.

Advertisement for Liederhalle Karlsruhe: Liederhalle Karlsruhe. Mittwoch, den 1. Januar 1913 abends 8 Uhr im Vereinslokal Neujahrs-Feier. Wir laden unsere verehrl. Mitglieder nebst Familienangehörigen hierzu freundlichst ein. Der Vorstand.

Advertisement for Karlsruher Liederkranz: Karlsruher Liederkranz. Für unsere Weihnachtsfeier findet heute Montag, den 30. Dezember cr., abends 8 Uhr, Probe für Damen u. 9 Uhr Probe für Herren statt. Die mitwirkenden Damen und die Herren Sänger werden gebeten, pünktlichst und vollzählig zu erscheinen. Der Vorstand.

Advertisement for Wein! Wein!: Wein! Wein! Wollen Sie ein gutes Glas Glüh-Wein bereiten, so verlangen Sie nur Roten Portugieser in Bucherers Filialen. per Liter 70 Pfg.

Advertisement for Todes-Anzeige: Todes-Anzeige. Nach Gottes unerforschlichem Ratschluß verschied heute morgen 1/2 6 Uhr, nach langem schwerem Leiden, meine innigstgeliebte Gattin, unsere treubesorgte herzensgute Mutter Kätschen Kaiser geb. Karrer im Alter von 48 Jahren. Karlsruhe, den 29. Dezember 1912. Akademiestraße 13. Um stille Teilnahme bitten Die trauernden Hinterbliebenen: Heinrich Kaiser, Schmiedmeister Karl Kaiser Else Kaiser. Auf Wunsch der Entschlafenen findet die Beerdigung in aller Stille statt.

Advertisement for Todes-Anzeige: Todes-Anzeige. Freunden und Bekannten die traurige Nachricht, daß unser lieber Bruder, Schwager, Onkel und Großvater Wilhelm Harp, Privatier, von seinem schweren Leiden heute früh durch den Tod erlöst wurde. Karlsruhe, 29. Dezember 1912. Sternbergstraße 13. Namens der Hinterbliebenen: Klara Harp, Schwägerin, Else Harp, Nichte, Hans Seubert, Enkel. Die Beerdigung findet am Dienstag, den 31. d. Mts., mittags 1/2 2-Uhr, von der Friedhofkapelle aus, statt.

Advertisement for Gesangvereine Badenia: Gesangvereine Badenia. Am Neujahrstag findet im Lokal ein musikalischer Frühschoppen unter Mitwirkung der gesamten Schützenkapelle statt.

Advertisement for Lebensbedürfnisverein: Lebensbedürfnisverein. Gegenmarken werden in die Markenbüchlein per 1912 in unseren Verkaufsstellen bis einschließlich 2. Januar 1913, an unserer Kasse bis einschließlich 3. Januar 1913 eingeschrieben. Später zur Ablieferung gelangende Marken können für die Dividendenberechnung pro 1912 nicht mehr in Betracht kommen. Der Vorstand.

Advertisement for Todes-Anzeige: Todes-Anzeige. Heute vormittag 4 Uhr ist unser innigst geliebter, unvergesslicher Vater, Großvater und Schwiegervater Johannes Solveen, Werkmeister a. D. im Alter von 81 Jahren sanft entschlafen. Namens der tieftrauernden Hinterbliebenen: Hermann Solveen, Eisenbahnsekretär. Karlsruhe, den 29. Dezember 1912. Winterstraße 36 III. Die Beerdigung findet am Dienstag nachmittag 4 Uhr von der Friedhofkapelle aus statt.

Advertisement for Mehl-Zentrale: Die Mehl-Zentrale Karlsruhe. Inhaber: Bernh. Kranz. Waldhornstraße 48, Mühlburg: Hardstraße 7 empfiehlt Ia Rotweine zu Glühwein, offen, per Ltr. Mk. —.85 u. 1.— in Flaschen zu —.75 u. —.90 ohne Glas. Ferner diverse Punsche u. Punschesenzen wie: Arrak-Punsch . . . Mk. 1.25 Orange-Punsch . . . 1.25 Roter Punsch . . . 1.25 Rum-Punsch . . . 1.25 Rotwein Punsch . . . 1.40 Schlummer-Punsch . . . 1.60 Rum . . . Mk. —.90, 1.60, 2.70 Arrak . . . —.80, 1.20, 2.— Probefläschchen je 35 Pfg. Gegen bar ohne jeden Rabatt!

Advertisement for Die Stadt-Apotheke: Die Stadt-Apotheke, Ecke Karl- und Erbprinzenstrasse, empfiehlt ihre vorzüglichen, wohlbekömmlichen Punsch-Essenzen 1/2 Flasche Mk. 3.50 1/2 Flasche Mk. 1.80.

Advertisement for Neujahrs-Karten: Neujahrs-Karten Geschenkartikel. Franz Zirk, Luisenstrasse 62. Buchbinderei. Bildereinarahmung. Billigste Berechnung. Empfehle meinen soeben von der Plantage eingetroffenen Ceylon-Tee zu 2.50 und 3.— das Pfund. Hohe Referenzen. Muster gratis. Postkarte genügt. R. Egremont, Bunsenstr. 12 III.

Advertisement for Einrahmung: Einrahmung von Bildern u. Photographien geschmackvoll u. prompt. Geschwister Moos, Kaiserstr. 96. Telefon 1924.

Advertisement for Zum Jahreswechsel: Zum Jahreswechsel. empfehle Rotwein reinen, französischen . . . per Liter 70 Pfg. Weisswein . . . per Liter 65 Pfg. Ist. Malaga direkt importiert, offen per Liter 1.45 Wilh. Bender, Kolonialwarenhandlung, Morgenstraße 5.

Advertisement for Allgemeine Rentenanstalt zu Stuttgart: Allgemeine Rentenanstalt zu Stuttgart Lebens- u. Rentenversicherungsverein auf Gegenseitigkeit. Die mit Ablauf des 31. Dezember l. J. fällig werdenden Renten können von da an gegen Uebergabe der mit Lebensbefähigung des Mitglieds und mit Zustimmung verheiratheter Rentenscheine (Survivors) ohne jeglichen Abzug bei den unterzeichneten Vertretern der Anstalt erhoben werden. Soweit ein Dividendenanspruch besteht, entfallen auf je eine volle Mark Rente 3 Pfennig Dividende. Beitrittserklärungen werden jederzeit entgegengenommen. In Karlsruhe: bei der Generalagentur für das Großherzogthum Baden: Wilhelm Muggau, Seminarstraße 5. Filiale der Rheinischen Creditbank.